

kannt (siehe Kasten Seite 78). Pawel Michailowitsch Litwinow, 30, Enkel des Altbolschewiken und ehemaligen Außenkommissars Maxim Litwinow, schickte Auszüge aus dem Verhandlungsprotokoll des Bukowski-Prozesses in den Westen — obwohl ihn der KGB-Beamte Gostew gewarnt hatte: „Wenn Sie das tun, werden wir Sie strafrechtlich verantwortlich machen!“ Und: „Können Sie sich vorstellen, daß ein sowjetisches Gericht jetzt — 50 Jahre nach Begründung der Sowjetmacht — ein falsches Urteil fällen würde?“

Der Prozeß gegen die „Phönix“-Redaktion aber wurde hinausgeschoben — aus Furcht vor einem Weltecho wie beim Verfahren gegen Sinjawski und Daniel.

Ein auf den 11. Dezember um zehn Uhr vor dem Moskauer Stadtgericht anberaumter Termin wurde wieder abgesetzt. Die Mutter des Rebellenführers Ginsburg wartete umsonst im knietiefen Schnee vor dem Klinkerbau in der Kalantschowskaja Straße 43 — Parteichef Breschnew selbst stoppte den Prozeß: Er hatte am vorhergehenden Wochenende in Prag hören müssen, welche antisowjetischen Reaktionen ein neuer Literatenprozeß bei der gesamten Ostblock-Intelligenz hervorrufen würde.

Die Untersuchungshaft der Aufsässigen im Gefängnis Lefortowo überschritt bereits das gesetzlich zulässige Maß von neun Monaten. Die KGB-Sachbearbeiter Major Jelisseej und Hauptmann Dudarenko hatten erfolglos versucht, die Jung-Literaten als arme Irre hinzustellen: Sie prüften die Inhaftierten auf „geistige Unausgeglichenheit“.

Schon zuvor hatten die Sowjet-Behörden bekannte Freigeister für geisteskrank erklärt: Walerij Tarsis — vor seiner Emigration —, Nariza, Jessenin-Wolpin, Gubanow, Kusnezow.

Selbst ein hoher Offizier, der Generalmajor und Professor an der Moskauer Frunse-Militärakademie Pjotr Grigorenko, wurde nach seiner Degradierung einer psychiatrischen Anstalt überstellt. Er hatte am 5. März 1966 zusammen mit jungen Demonstranten — unter ihnen der Schriftsteller Wasilij Axjonow und die Dichterin Junja Moriz — in Moskau gegen die Rehabilitierung Stalins protestiert.

An dieser Demonstration hatte sich auch „Phönix“-Redakteur Dobrowolski beteiligt. Er landete in der Nervenheilanstalt „Matrosskaja Tischina“, da Straftat ihn nicht mehr schrecken konnte: Er hatte bereits früher drei Jahre im Arbeitslager zugebracht.

So griff der Staat doch wieder zur Knute: in der vorigen Woche wurde den vier „Phönix“-Jugendlichen der Prozeß gemacht — vor rund hundert ausgesuchten Zuschauern.

„Ich liebe mein Land“, hatte der Hauptangeklagte Ginsburg in einem Brief an Premier Kossygin geschrieben, „und ich möchte nicht, daß die derzeitigen unkontrollierten Handlungen des KGB seinen Ruf schädigen. Ich liebe die russische Literatur und möchte nicht, daß noch zwei Dichter aus ihren Reihen unter Bewachung zum Bäumefällen losmarschieren.“

GEMEINSAMER MARKT

KOMMISSION

Streik geplant

Der EWG-Kommissar Jean Rey klagte 1965: „Wenn man eine Gemeinschaft will, die funktioniert, muß man an ihre Spitze Leute setzen, die auch in der Lage sind, sie zum Funktionieren zu bringen.“

An der Spitze der EWG steht seit Juli 1967 der frühere Kommissar Rey als Präsident. Seither funktioniert die Gemeinschaft immer weniger — und das nicht nur wegen des Zanks um Englands Beitritt.

Reys Kommission sollte zunächst die Fusionierung der drei europäischen Gemeinschaften EWG, Euratom und Montanunion vollziehen. Niemand

verwickelt. Hätte Rey erst über die Kompetenzbereiche beraten lassen und dann die dafür zuständigen Kommissare bestimmt, wäre der Streit vermieden worden.

Ein enger Mitarbeiter Reys zum SPIEGEL: „Im Anfang glaubte ich noch an ihn. Das ist nun vorbei.“

Durch die Fusion sollen Abteilungen zusammengelegt, Experten und Sekretärinnen auf andere Posten versetzt werden. Die Mitgliedstaaten kündigten an, daß 15 bis 20 Prozent des Personals entbehrlich sein werden.

Insgesamt 1000 Eurokraten werden vermutlich noch in diesem Jahr ihren Job verlieren, darunter zwölf der 40 höchsten Beamten aus der Gehaltsstufe A 1 (durchschnittlich 5000 Mark im Monat). Von 110 A-2-Leuten (durchschnittlich 4000 Mark pro Monat) müssen etwa 40 mit Verlust ihres Postens rechnen. Das gleiche gilt für über 200



Eurokraten-Chef Rey (l.): Royalismus statt Realismus

glaubte, daß dies schnell zu machen sei. Die frisch im Amt bestätigten 14 Kommissare aber waren optimistisch: Sie versprachen bis Oktober 1967 erste Resultate.

Resultate blieben bislang aus. Sechs Marathon-Sitzungen widmete die Kommission der Zusammenlegung — ohne Resultat. Erst in einer siebten Sitzung am 22. Dezember legte Chef-Eurokrat Rey den Rohentwurf für die Organisation der neuen Einheitsbehörde vor, der in der vergangenen Woche noch beraten wurde.

Der einzige Fortschritt erwies sich als Fehler: Auf der ersten Sitzung im Juli war es Rey gelungen, für die 14 Kommissare vage Geschäftsbereiche festzulegen. Kurz darauf wurden 24 Generaldirektoren nominiert.

Als es aber darum ging, die Kompetenzen der Abteilungen genauer abzustechen, sah sich Rey in endlose Prestige-Kämpfe seiner — aus allen sechs Nationen stammenden — Kommissare

A-3- und A-4-Beamte (Gehälter von 2900 bis 3400 Mark monatlich).

Die Eurokraten verlangen von ihrem Chef „Realismus statt Royalismus“ und planen, Gerichtsverfahren gegen ihn einzuleiten. Ein hoher Europa-Angestellter: „Rey muß mit Serien von Verfahren rechnen, die sich über Jahre hinausziehen können. Auch an Solidaritätsstreiks wird gedacht. Es gibt dazu schon fertige Pläne.“

Der Ministerrat strafte Rey für die schleppende Fusionierung, indem er das Budget der Kommission für 1968 ablehnte. Auf der Basis der Ausgaben von 1967 wird der Kommission im sogenannten Zwölfteilverfahren das Geld Monat für Monat bewilligt. Erst wenn Rey Fortschritte mit der Fusion nachweisen kann, wollen die Minister erneut über seinen Etat befinden.

Das abgelaufene Jahr 1967 buchte Rey gleichwohl als Erfolg: „Eines der fruchtbarsten Jahre für unsere Gemeinschaft.“